



Bundesrat gibt Druck nach

Kostenexplosion bei Kindes- und Erwachsenenschutz wird untersucht

Von Daniel Ballmer, Bern

Die Kosten explodieren. Seit die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb) Anfang 2013 die kommunalen Vormundschaftsämter abgelöst haben, sind sie um ein Vielfaches gestiegen. Besonders kleinere Schweizer Gemeinden drohen unter der Finanzlast zusammenzubrechen. Steuererhöhungen drohen. Die Volksseele kocht. Und im Bundeshaus ist der Aktionismus ausgebrochen. Gleich reihenweise reichten die Parlamentarier Vorstösse ein. Die SVP will deshalb die Sozialhilfe gleich komplett umkrempeln. Sie fordert wieder mehr Mitspracherecht für die Gemeinden – oder gleich die Abschaffung der Kesb. Gemässigt geht Daniela Schneeberger vor. Die Baselbieter FDP-Nationalrätin fordert vom Bundesrat eine genaue Analyse der Kostensteigerungen.

Und tatsächlich: Während sich der Bundesrat bisher zurückhaltend gezeigt hatte und erst eine Übergangszeit von gut drei Jahren abwarten wollte, rennt Schneeberger nun plötzlich offene Türen ein. Erstmals erklärt er sich bereit zu analysieren, wie sich die Professionalisierung auf die Qualität und die Kosten des Vormundschaftswesens ausgewirkt hat. «Der Bundesrat anerkennt den Bedarf nach einer Objektivierung der Diskussion über Sozialhilfe», schreibt er auch in seiner Antwort auf einen Vorstoss der Aargauer SP-Ständerätin Pascale Bruderer.

Es bestünden immer noch gewisse Vorbehalte vor Schnellschüssen, sagt David Rüetschi vom Bundesamt für Justiz. «Aber in den letzten Monaten sind der Druck und das Bedürfnis deutlich gestiegen, das neue System bereits jetzt

zu überprüfen.» Allerdings seien die bestehenden Daten noch immer beschränkt. Möglicherweise liessen sich aber dennoch bereits gewisse Schlüsse daraus ziehen. So sei etwa noch völlig unklar, wie repräsentativ genannte Extremfälle mit massiven Kostensteigerungen tatsächlich sind. Rüetschi: «Wir wollen prüfen lassen, ob tatsächlich Grund zu Sorge besteht oder es sich hier um einzelne Betriebsunfälle handelt.»

Abschaffung ist nicht Ziel

Schneeberger und ihre Mitstreiter verhehlen nicht, dass sie das neue System kritisch betrachten: «Professionalisierung des Sozialstaats um jeden Preis?» lautet der Titel ihres Vorstosses. Von «horrenden Tarifen» ist die Rede und davon, dass «die Kosten ausser Kontrolle geraten». Und weiter: «Während Unternehmen, die sich um die Bedürftigen der Gesellschaft kümmern, hohe Profite erzielen, leiden die Gemeinden unter den stark gestiegenen Sozialausgaben», heisst es in dem von Vertretern von SVP, FDP, CVP und BDP unterzeichneten Postulat. Dies gefährde das Sozialsystem in der Schweiz.

Wenn das Problem so akut sei, könne der Bundesrat nicht einfach abwarten, findet Schneeberger. Ihr Ziel aber sei nicht die Abschaffung der Kesb: «Ich verlange nicht, dass wir das Rad wieder zurückdrehen. Aber wenn man Fehler erkennt, müssen diese korrigiert werden.» Schliesslich habe eine Umfrage der FDP in den Kantonen gezeigt, dass auch die Umsetzung der Kesb zum Problem beitrage. Diese werde vielfach unterschiedlich vorgenommen. «Es geht nun darum, die Dis-

kussion zu versachlichen und eine Auslegeordnung vorzunehmen», sagt die FDP-Politikerin.

Gleichzeitig erhofft sich Schneeberger vom Bund nun griffige Massnahmen zur Umsetzung des neuen Systems, damit das Kostenwachstum wieder eingedämmt werden kann. Denn derzeit bestehe in den Kantonen eine gewisse Unsicherheit. «Dabei muss das Anhörungsrecht der Gemeinden gewährleistet sein», stellt sie klar. Der Grundsatz von «wer zahlt, befiehlt» sei wiederherzustellen. Derzeit aber herrscht im bürgerlichen Lager der Eindruck vor, dass die Behörde unkontrolliert Massnahmen anordnet und die Gemeinden dafür zahlen müssen. Das müsse korrigiert werden – und zwar rasch. Dabei wären die Gemeindevertreter eine wertvolle Unterstützung, ist Schneeberger überzeugt. Man müsse auf sie hören und ihre Anliegen ernst nehmen.

Diskussion versachlichen

Der Bund wolle nun eine Diskussionsgrundlage und damit die Diskussion auch wieder versachlichen, sagt Rüetschi. Eine Möglichkeit sei, Vergleiche zwischen den verschiedenen Umsetzungen in den einzelnen Kantonen zu ziehen und daraus Empfehlungen abzuleiten. «Allerdings können wir keine Vorschriften machen. Wer die Kosten innerhalb des Kantons zu tragen hat, bestimmen allein die Kantone», stellt Rüetschi klar.

Dieser Ansatz wird auch von Nationalrätin Schneeberger begrüsst. «Wichtig aber ist vor allem, dass möglichst rasch vorwärts gemacht wird. Die massive Kostensteigerung muss dringend gebremst werden», sagt sie.